

immer weniger Unterstützung. Dasselbe gilt für die Bonner These, daß die „Bedrohung aus dem Osten“ eine Forcierung der Aufrüstung notwendig mache.

Die herrschenden Kreise der westdeutschen Monopolbourgeoisie konnten dieser Widersprüche weder mit dem Kabinett Adenauer noch mit dem seines Nachfolgers Erhard Herr werden, zumal ihre führende Partei, die CDU/CSU, sich zunehmend in innere Auseinandersetzungen verstrickte. Um ihre aggressiven außenpolitischen Ziele verstärkt verfolgen und die drohende weitere Isolierung der Bundesrepublik überwinden zu können, trieben diese Kreise im Jahre 1966 die politische Krise bewußt auf den Höhepunkt, um einen Rechtskurs durchzusetzen. Ihr Ziel war, die westdeutsche Öffentlichkeit reifzumachen für die Änderung der Regierung, um das *Programm der formierten Herrschaft des Monopolkapitals*, der sozialen Reaktion, der inneren reaktionären Staatsreform und der Expansionspolitik nach außen durchführen zu können.

Um für dieses Programm die erforderliche breitere Basis zu erhalten und es demokratisch zu tarnen, hat die Monopolbourgeoisie einige sozialdemokratische Minister in die Regierung aufgenommen. Durch diese Manöver will die Großbourgeoisie vor allem die Gewerkschaften an die Kette legen und die Sozialdemokratie sich selbst abwerten lassen. Damit kann zwar die zunehmende Labilität der Herrschaft des westdeutschen Imperialismus eine Weile zugedeckt, nicht aber überwunden werden.

Der imperialistische Weg des deutschen Großkapitals hat zu zwei Weltkriegen und Deutschland und das deutsche Volk in Katastrophen geführt. Im ersten Weltkrieg hat die SPD-Führung der herrschenden Klasse geholfen. Aber sie konnte das Kaiserreich nicht retten und den deutschen Imperialismus nicht vor der Niederlage bewahren. 1933 stimmten die Reichstagsabgeordneten der SPD der außenpolitischen Konzeption Hitlers, das heißt der Konzeption der deutschen Imperialisten nazistischer Prägung, zu. Das rettete weder die Sozialdemokratie vor der Verfolgung durch die nazistischen Henkersknechte der deutschen Imperialisten noch den deutschen nazistischen Imperialismus vor der vernichtenden Niederlage des Jahres 1945. Jetzt versucht die westdeutsche Großbourgeoisie, deren Herrschaft mehr und mehr zum Anachronismus geworden ist, ihre nach 1945 restaurierten Machtpositionen wiederum mit Hilfe sozialdemokratischer Führer zu stabilisieren und auszudehnen.

Und so erleben wir, wie sich sozialdemokratische Minister in der Kiesinger/Strauß-Regierung der westdeutschen Großbourgeoisie bemühen, in